

# Auf zu besserer Politik

Die Schweizer Politik erzeugt seit Jahren in Kernbereichen schlechte Gesetzgebung. Höchste Zeit, das Land an erfolgreicher Konkurrenz zu messen, Zuwanderung und Finanzausgleich neu zu regeln. **REINER EICHENBERGER**

Die Schweizer Politik läuft schlecht. Seit Jahren produzieren Regierung und Parlament viel Bedenkliches, etwa hinsichtlich Altersvorsorge-, Energie-, Europa-, Gesundheits-, Steuer- oder Verkehrspolitik. Illustrativ ist das zur Abstimmung stehende Paket zur Steuerreform und AHV-Finanzierung (Staf): Ohne die anstehenden Probleme zu lösen, unterläuft es die direkte Demokratie und führt in eine Sackgasse. Es ersetzt alte mit neuen Steuerprivilegien, die bald in die Schusslinie von EU und OECD kommen dürften, und statt die Arbeit Älterer zu fördern, erhöht es die Abgabenlast auf Arbeit. Damit gefährdet es die Standortattraktivität der Schweiz und ihren Stabilitätsruf, da sofort weitere Reformen nötig sind, wenn das Paket angenommen wird.

Schuld an dieser Situation sind nicht allein die Politiker. Die Bürger und Wähler sind daran, die Lust an kluger Politik zu verlieren. Sie sind Gefangene dreier Mechanismen, die gute Politik für sie unwichtig machen.

Niedriges Anspruchsniveau: Den Schweizern geht es im europäischen Vergleich trotz bedenklcher Politik hervorragend, denn die Politik der meisten europäischen Länder ist noch viel bedenklcher. Der Blick auf die EU bringt einen Vergleich mit Lahmen und Fusskranken. Ihre Einheitswährung passt nicht zu den national ganz unterschiedlichen Problemen. Viele Mitgliedsländer leiden an Überschuldung, Überzentralisierung und einem schrecklich verkrusteten Arbeitsmarkt, und in einigen herrschen Korruption und Pfründewirtschaft. Wer die EU zur Messlatte nimmt, muss einschlafen.

## Gefangen in Mechanismen

Personenfreizügigkeit: Sie ist gut, wenn die beteiligten Einheiten ähnlich leistungsfähige politische Institutionen haben, denn dann sind die längerfristigen Lebensqualitätsunterschiede und damit die Wanderungsströme weder voraussehbar noch systematisch. Deshalb ist Personenfreizügigkeit innerhalb von Staaten eine Selbstverständlichkeit. Wenn die Institutionen aber, so wie in Europa, ganz unterschiedlich leistungsfähig sind und deshalb die Wanderungsströme auch längerfristig asymmetrisch verlaufen, ist Personenfreizügigkeit – anders als klug gelenkte Migration – in den Zuwanderungsländern für die meisten Einwohner nachteilig, denn das schnelle Bevölkerungswachstum führt zu Überfüllungseffekten und überproportionalen Kostensteigerungen durch Verknappung von Land, Wohnraum, Infrastruktur und Umweltgütern, wodurch die reale Le-

bensqualität sinkt. Das wiederum lässt dann auch den Zuwanderungsdruck sinken. Daraus resultiert in der Schweiz ein «Wanderungsgleichgewicht» mit einer Lebensqualität, die nur noch derjenigen in den EU-Ländern plus den Wanderungskosten entspricht. Das hat dramatische Folgen: Die Normalbürger profitieren nicht mehr von guter Politik. Sobald der Wohlstand stärker als im Ausland steigt, wächst der Zuwanderungsdruck, bis die Überfüllungseffekte die anfänglichen Wohlstandsgewinne kompensieren. Folglich kann es den meisten Bürgern egal sein, inwiefern die Politik die Standortattraktivität steigert oder senkt. Für die Ernsthaftigkeit des politischen Diskurses und das langfristige Gedeihen des Standorts Schweiz ist das katastrophal.

Finanzausgleich: In den letzten Jahrzehnten wurde der Finanzausgleich zwischen und innerhalb der Kantone ausgebaut und ganz auf den Ausgleich der Finanzkraft ausgerichtet. Dadurch wurden die Anreize zu sparsamer Mittelverwendung gestärkt, aber die Anreize zur Pflege der eigenen Finanzkraft und Standortqualität unterlaufen. Während die Anreize der wenigen Gebirgskantone und -gemeinden durch die höheren Abschöpfungsraten nur geschwächt wurden, wurden sie für

viele Nehmerkantone und -gemeinden fast gänzlich eliminiert, wurden teils gar negativ, denn sobald dank besserer Politik ihr potenzieller Steuerertrag steigt, werden ihre Ausgleichszahlungen entsprechend gekürzt.

Für eine Verbesserung der Schweizer Politik müssen die Schweizer durch drei Massnahmen aus den Fängen der skizzierten Mechanismen befreit werden.

Gezieltes Benchmarking: Der gefühlte Wettbewerbsdruck aus dem Ausland muss erhöht werden. Während wir die Politik des Auslands kaum beeinflussen können, können wir wählen, an wem wir uns orientieren. Solange wir uns vor allem mit unseren Nachbarländern vergleichen, messen wir uns mit Ländern mit nur allzu offensichtlichen Problemen aufgrund unzureichender politischer Institutionen und riesiger regionaler Unterschiede. Fruchtbare Vergleiche für die Schweiz und ihre Kantone müssten sich auf ähnlich grosse Einheiten beziehen. Dazu müsste der Bund ein Programm zum intelligenten Benchmarking lancieren, das die Schweiz systematisch an Ländern wie Dänemark, Schweden, Österreich, den Niederlanden, Singapur und Hongkong sowie an besonders erfolgreichen Regionen wie Bayern, Baden-Württemberg oder Greater London und einzelne Kantone an so erfolgreichen Einheiten wie Vorarlberg, Salzburg, Luxemburg, Südtirol sowie einigen skandina-

vischen Regionen misst. So würde dann «offiziell» klar, dass St. Gallen von Vorarlberg fast eingeholt, aber beide von Südtirol schon überholt wurden. Solche Vergleiche würden den Bürgern und Politikern zeigen: Wir können vieles besser machen, wir können viel von anderen lernen, und es lohnt sich.

Zuwanderungsabgabe: Wir müssen wegkommen von der Personenfreizügigkeit in ihrer EU-Definition. Wichtig ist, dass sich Menschen und Unternehmen mit ihrem Personal ohne bürokratische Hindernisse zwischen den Ländern bewegen können. Dafür aber brauchen wir weder die Personenfreizügigkeit in ihrer EU-Definition noch ein Zurück in die Kontingentwirtschaft mit ihren bürokratischen Auswüchsen. Der für die Schweizer Verhältnisse und Bedürfnisse weitaus am besten geeignete Mechanismus ist eine finanzielle Aufenthaltsabgabe für Neuzuwanderer. Dabei müssten Neuzuwanderer während bspw. der ersten vier Jahre eine zusätzliche Abgabe entrichten, die ähnlich wie eine Kurtaxe auf Tagesbasis und administrativ ganz einfach zusammen mit der Quellensteuer oder der Einkommenssteuer erhoben werden sollte. Die Höhe dieser Abgabe sollte so angesetzt werden, dass sie die Zuwanderung dämpft und klug lenkt und zugleich dem Schweizer Staat so viel einbringt, dass es sich für die bisherigen Einwohner wieder lohnt, für hervorragende Standortbedingungen und Attraktivität für Zuwanderung einzustehen. Um diese Abgabe auch für die EU attraktiv zu machen, könnte ein Teil der Einnahmen ähnlich wie die Kohäsionszahlungen an die EU weitergeleitet werden.

## Interesse der Bürger beleben

Finanzausgleich mit Bonus: Um den Kantonen und Gemeinden wieder bessere Anreize zur Standortpflege zu geben, muss das Ausgleichsniveau nicht grundsätzlich gesenkt werden. Vielmehr gilt es, gute Leistungen zu belohnen, indem Kantonen und Gemeinden, die ihre Standorte fruchtbar und erfolgreich entwickeln, für ein paar Jahre ein Bonus auf ihren Ausgleichszahlungen gewährt wird. Zudem sollten ihnen für Steuersubstrat, das sie statt aus anderen Gemeinden oder Kantonen aus dem Ausland gewinnen konnten, besondere Boni gewährt werden. So ginge es den heute finanzschwachen Kantonen bald besser, ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Eigenständigkeit würden gestärkt.

Jede einzelne dieser Massnahmen stärkt das Interesse der Bürger an besserer Politik auf nationaler, kantonaler und lokaler Ebene und damit die Anreize und die Möglichkeiten der Politiker, eine entsprechend gute Politik zu betreiben. Gemeinsam bilden sie die Basis für eine blühende Zukunft der Schweiz als weltweites europäisches Land.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg i. Üe.



«Wir können vieles besser machen, viel von anderen lernen, und es lohnt sich.»

## Börsenschreck

Der grosse Absturz an den Börsen ist nach den Zolldrohungen von US-Präsident Donald Trump ausgeblieben. Trotz-

dem sind Anleger gut beraten, den Handelskonflikt zwischen den USA und China genau zu beobachten (vgl. Seite 19). Er ist einer der wichtigsten Faktoren für die weitere Entwicklung an den Börsen – nicht nur in China, sondern auch für westliche Unternehmen, die eng in globale Wertschöpfungsketten eingegliedert sind.

Es weist einiges daraufhin, dass die seit Anfang Jahr laufende Börsenrally zu einem grossen Teil nur auf Hoffnungen basiert. Deswegen ist das aktuelle Kursniveau sehr anfällig für schlechte Nachrichten. Denn wie die Tweets des US-Präsidenten zeigen, ist kein Belastungsfaktor des Kurseinbruchs von vergangenem Jahr vom Tisch.

Grosse Vorsicht ist angebracht, da die schnell gestiegenen Börsenkurse dem mässigen Konjunkturverlauf weit ent-

eilt sind. Für die Börsenrally hat es ausgereicht, dass der grosse Wachstumseinbruch ausgeblieben ist, dank dem chinesischen Stimulus und der zurückhaltenden amerikanischen Notenbank. Der Optimismus in Bezug auf den Handelskonflikt könnte verfehlt sein. Ausserdem könnte das Fed bei drohender Inflation neue Zinserhöhungen ins Spiel bringen, und China könnte der eigene Kreditstimulus unheimlich werden.

Wie immer finden Analysten gute Gründe, warum die Börsen trotz der Unsicherheit im Moment nicht zu hoch bewertet sind. Eine Nachricht wie diejenige, dass die Wahrscheinlichkeit einer Rezession in den USA gemäss der New Yorker Distriktnotenzbank mit 27% so hoch ist wie seit der Finanzkrise 2008 nicht mehr, wird da gerne ausgeblendet.



ALEXANDER TRENTIN  
Redaktor  
zum Thema  
Aktienmarkt

Aktuell auf [www.fuw.ch](http://www.fuw.ch)

## Nestlé-CEO sieht Konzern auf Kurs

«Unsere Balance zwischen Wachstum und Marge funktioniert», sagte Nestlé-CEO Mark Schneider an einem Investorentag in den USA am Dienstag. Tatsächlich hat das organische Wachstum des Konzerns seit Anfang 2018 stetig an Fahrt gewonnen, und zugleich konnten Kosten eingespart werden.

[www.fuw.ch/080519-1](http://www.fuw.ch/080519-1)

## Goldilocks mit Goldbedarf

Mit Blick auf die USA sprechen Ökonomen von einem Goldilocks-Szenario. Aber die insgesamt immer noch schwache Weltkonjunktur und vor allem die Unsicherheit über den Handelskrieg zwischen den USA und China treiben die Goldnachfrage an.

[www.fuw.ch/080519-2](http://www.fuw.ch/080519-2)

## Die Bewertungskluft an der Börse wächst

Wer bloss den Aktienindex betrachtet, dem bleiben oft interessante Details verborgen. Viele Börsenbarometer wie der S&P 500 und der SMI notieren nahe ihrem Rekordhoch. Bei der Bewertung der Aktien gibt es aber eine Divergenz. Der Abstand zwischen den teuersten und den günstigsten Titeln nimmt zu.

[www.fuw.ch/080519-3](http://www.fuw.ch/080519-3)

## Trump pokert hoch

Endrunde im Handelsstreit USA-China. **ERNST HERB**

Wer in Verhandlungen stark aussehen will, muss zu verstehen geben, dass er allenfalls auch bereit ist, die Gespräche scheitern zu lassen. Ob die Drohung ernst gemeint oder lediglich ein Bluff ist, bleibt zunächst meist unklar. Diese Frage stellt sich auch nach den von US-Präsident Donald Trump am Sonntag abgefeuerten Tweets, in denen er droht, bereits am Freitag würden Einfuhrzölle auf chinesische Importe im Wert von 200 Mrd. \$ von 10 auf 25% erhöht.

Dabei scheint die chinesische Seite – anders als anfänglich signalisiert – weiterhin bereit zu sein, die Gespräche fortzuführen. Liu He, Chinas stellvertretender Premierminister und Chefunterhändler, wird jedenfalls noch diese Woche für eine zusätzliche (und, was nicht auszuschliessen ist, letzte und erfolgreiche) Verhandlungsrunde in Washington erwartet. Dies, obwohl Washingtons Handelsbeauftragter Robert Lighthizer am Montag wissen liess, dass Peking bereits zugesagte Konzessionen zurückgenommen habe und somit auch eine Lösung des Handelsstreits in weite Ferne gerückt sei.

Dabei schien noch vor einer Woche ein Durchbruch sicher zu sein. Das vor allem, weil sowohl die chinesische wie auch die amerikanische Wirtschaft in den vergangenen Monaten die Auswirkungen des Handelsstreits zunehmend zu spüren bekommen haben.

Doch in der Politik sind sieben Tage eine sehr lange Zeit, ganz besonders im Zeitalter der Regierung von Donald Trump. Für ihn hätten die am Freitag

veröffentlichen und weit besser als allgemein erwartet ausgefallenen Arbeitsmarktdaten vom April nicht zu einem besseren Zeitpunkt kommen können. Ob das der Grund ist, dass er im Handelskrieg jetzt eine härtere Gangart anschlägt, bleibt zwar unklar. Doch er will der amerikanischen Öffentlichkeit ein Jahr vor den Präsidentschaftswahlen offenbar zeigen, dass er China in den laufenden Verhandlungen einen möglichst hohen Preis abverlangen kann, ohne dass dies der US-Wirtschaft spürbaren Schaden zufügt.

So etwa, indem er verlangt, dass Peking im Gegenzug für die Normalisierung der Wirtschaftsbeziehungen tiefgreifende strukturelle Reformen einleitet. Das könnte zum Beispiel heissen, dass chinesische Staatsunternehmen nicht mehr bevorzugt behandelt werden, etwa was den Zugang zu Kredit betrifft. Der Ball ist fürs Erste eindeutig auf der Seite Chinas gelandet.

Präsident Xi Jinping kann dabei nicht einfach nachgeben, selbst wenn es sich nur um kosmetische Reformen handelte. Ein solcher Schritt würde nämlich wohl als Schwäche des Regimes wahrgenommen. Die staatlich kontrollierten chinesischen Medien haben zu Wochenbeginn denn auch wissen lassen, dass sich «China nicht erpressen» lasse. Die Welt wird wohl noch vor Ende der Woche erfahren, ob all das nur Schattenboxen kurz vor einem erfolgreichen Verhandlungsabschluss ist oder ob der Handelskrieg mit noch ungeahnten Folgen tatsächlich eskaliert.

## Hohe Löhne und Preise

Schweizer Löhne mit höchster Kaufkraft in Europa. **PETER MORF**

Die Schweiz ist ein sehr teures Pflaster. Das spüren die Konsumenten jeden Tag, wenn sie einkaufen, ein Kino besuchen oder einen Kaffee trinken gehen. Das spüren aber ebenso die Unternehmen, wenn sie monatlich die Lohnabrechnungen erstellen. Sie zahlen die mit Abstand höchsten Löhne in Europa. Das belegen die neusten internationalen Vergleichszahlen aus der soeben publizierten Lohnstrukturerhebung des Bundesamts für Statistik.

Der mittlere jährliche Bruttolohn für eine Vollzeitstelle in der gewerblichen Wirtschaft erreicht in der Schweiz umgerechnet 71 694 €. Innerhalb der EU kommen die Löhne in Dänemark (57 723 €) und Luxemburg (56 675 €) als Spitzenreiter in die Nähe der Schweiz, liegen aber immer noch rund 20% darunter. Norwegen, das wie die Schweiz nicht EU-Mitglied ist, erreicht einen Wert von 60 229 €. Verglichen mit Bulgarien liegen die Schweizer Löhne rund zwölfmal höher.

Nun wird mit Recht eingewendet, dass nicht die absolute Höhe der Löhne entscheidend ist, sondern ihre Kaufkraft – auch die Preise sind also zu berücksichtigen. Zu diesem Zweck werden die Löhne umgerechnet in sogenannte Kaufkraftstandards (KKS), die die unterschiedlichen Preisniveaus zwischen den Ländern eliminieren.

So gesehen kommt Luxemburg nahe an die Schweiz heran – in KKS liegen die Löhne in der Schweiz nur 2,3% höher. Im Vergleich zu Dänemark liegen die Schweizer Löhne in KKS immer noch 16% höher und im Vergleich mit Deutsch-

land 18%, gemessen an Bulgarien immer noch rund um den Faktor vier.

Die zentrale Aussage ist klar: Niemandem geht es in Europa materiell im Durchschnitt besser als den Schweizern. Die Differenz zwischen den Löhnen zugunsten der Schweiz ist grösser als jene zwischen den Preisen. Das führt zur zweiten Erkenntnis: Die so viel zitierte und gescholtene Hochpreisinsel Schweiz ist eher ein fiktives Gebilde denn harte Realität.

Falls es ferner in einzelnen Bereichen tatsächlich überhöhte Preise gibt – was wohl der Fall ist –, so ist das Problem hausgemacht. Neben den genannten hohen Löhnen stehen dahinter regulierte Preise und zu wenig Wettbewerb im Binnenmarkt.

Dennoch führten die Klagen über die vermeintliche Hochpreisinsel Schweiz zu politischen Vorstössen. Das gilt aktuell vor allem für die hängige «Fair-Preis-Initiative», die über höchst fragwürdige und letztlich kaum durchsetzbare Massnahmen die Importpreise reduzieren will. Im Lichte des Schweizer Spitzenplatzes in Sachen Kaufkraft will die Initiative – etwas salopp formuliert – ein Problem lösen, das es gar nicht gibt.

Der Bundesrat ist, wie so oft dem politischen Mainstream gehorchend, auf den Zug aufgesprungen und macht einen nutzlosen bis schädlichen indirekten Gegenvorschlag. Der Politik wäre ab und zu mehr Mut zum Nichtstun zu wünschen – politischer Aktivismus führt nur selten zum Ziel, er richtet gewöhnlich mehr Schaden als Nutzen an.